

Nicht alle Kinder dürfen in die Primarschule

Auch Kinder ohne geregelten Aufenthaltsstatus haben ein Recht auf Bildung. Noch ist dies in vielen Kantonen mehr Theorie als Praxis.

Von Maurus Huwyler, Bern

Kinder von Asyl Suchenden sollten innert kurzer Zeit nach ihrer Ankunft in der Schweiz eingeschult werden. Grundsätzlich ist man sich da bei allen Kantonen einig. Die Gewerkschaft VPOD, das Centre de Contact Suisses-Immigrés (CCSI) und Solidarité sans frontières wollten von den Kantonen Genaueres wissen. An einer Medienkonferenz wurden gestern die Resultate der Umfrage in 12 Deutschschweizer und 4 Westschweizer Kantonen präsentiert. Die Kantone wurden gefragt, wie sie die Einschulung von Asyl suchenden Kindern handhaben. Zuständig für die Umsetzung sind die Gemeinden.

Rechtliche Lage eigentlich klar

Durch die Ratifizierung der Uno-Kinderrechtskonventionen hat sich die Schweiz verpflichtet, allen Kindern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. 1991 hatte auch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren festgehalten, dass alle in der Schweiz lebenden fremdsprachigen Kinder in die öffentlichen Schulen zu integrieren seien. Laut der Umfrage sind sich die welschen Kantone ihrer Verpflichtungen bewusst und stützen sich in ihren Regelungen auf das Recht auf Bildung für alle Kinder. Die Deutschschweizer Kantone tun sich bei der Erfüllung ihrer Pflichten erheblich schwerer. In etlichen Gemeinden werde den Kindern der Schulbesuch verweigert, sagte Anni Lanz von Solidarité sans frontières. In Bern und Solothurn hat die Fremdenpolizei sogar das Recht, von den Lehrkräften eine Liste mit den Namen der ausländischen Kinder zu verlangen. Dies schreckt gerade papierlose Eltern ab, ihre Kinder überhaupt in die Schule zu schicken. Wie viele Kinder effektiv betroffen sind, weiss Lanz nicht. Auch weiss niemand, wie es an der Basis wirklich aussieht, da es jeder Gemeinde freigestellt ist, wie sie die Kinder einschult. Gezeigt hat sich auch, dass dort, wo der Kanton den Gemeinden finanziell hilft, die Chancen für die Einschulung viel grösser sind.

Vorbildlicher Kanton Genf

Als durchwegs positives Beispiel wird der Kanton Genf präsentiert. Wie Stephan Clerc von CCSI erklärte, werde alles unternommen, um Kinder und Jugendliche innert kurzer Zeit in eine normale Schulklasse aufzunehmen. Ausbildungsmöglichkeiten erhalten die Jugendlichen in Genf auch nach der obligatorischen Schulzeit.

Die Organisationen fordern laut VPOD-Sekretär Urs Loppacher eine Anpassung von Asyl- und Ausländergesetz. Bei der laufenden Revision müssten Bestimmungen aufgenommen werden, welche die Aufnahme von Kindern ohne geregelten Aufenthaltsstatus sichern. Weiter soll mit einer Empfehlung durch die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren der Fremdenpolizei untersagt werden, via Schule an Informationen von Eltern und Kindern zu gelangen.